

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Frau Nickels und der Fraktion
DIE GRÜNEN
— Drucksache 10/1575 —**

Flaschenmilch in Mehrwegflaschen

Der Bundesminister des Innern – U II 6 – 530 350 – 2/5 – hat mit Schreiben vom 20. Juni 1984 die Kleine Anfrage im Einvernehmen mit den Bundesministern für Wirtschaft, für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und für Jugend, Familie und Gesundheit namens der Bundesregierung wie folgt beantwortet:

Im Jahre 1981 wurde der Modellversuch, Mehrwegflaschen für den Frischmilchvertrieb im Bereich der „Milchversorgung Rheinland e. G. (MVR) Köln“ wieder einzuführen, unter Beteiligung des Umweltbundesamtes erfolgreich abgeschlossen. Seitdem ist aber der Absatz von Flaschenfrischmilch relativ rückläufig, so daß die Abfüllanlage der MVR Mitte Juni 1984 stillgelegt werden soll.

In diesem Zusammenhang fragen wir die Bundesregierung:

1. Welche Maßnahmen wurden vom Bundesinnenminister oder von anderen zuständigen Stellen bzw. dem Umweltbundesamt unternommen, um die Akzeptanz der umweltschonenden Mehrwegflasche im Handel wie beim Verbraucher zu erhöhen?

Der Bundesminister des Innern und das Umweltbundesamt haben während und nach Abschluß des Marktversuchs umfangreiche Aktionen zur Aufklärung von Verbrauchern und Handel durchgeführt. Der interessierten Öffentlichkeit wurde in diesem Zusammenhang laufend einschlägiges Informationsmaterial zur Verfügung gestellt. Dabei erfolgte insbesondere auch eine Unterrichtung über die Ergebnisse des Marktversuchs.

Gleichzeitig zu diesen Aktionen wurden Gespräche mit beteiligten Verbänden bzw. Unternehmen über ein erweitertes Angebot von Milch in Mehrwegflaschen geführt. Dabei zeigte sich, daß Unternehmen der Milchwirtschaft und des Handels vor allem

wegen hoher Betriebs- und Investitionskosten, aber auch wegen der unsicheren Nachfrage der Verbraucher von einem erweiterten Angebot von Milch in Mehrwegflaschen Abstand nehmen.

2. Welche Maßnahmen gedenkt der Bundesinnenminister, insbesondere nach seiner positiven Stellungnahme für die Mehrwegflasche im Westdeutschen Fernsehen am 9. Mai 1984 in Düsseldorf, zu unternehmen, um die Verbreitung der Mehrwegflasche auch bei Frischmilch und anderen Molkereiprodukten zu sichern und auszuweiten, um damit die wachsende Mülllawine (8 v.H. jährlich) in der Bundesrepublik Deutschland zu bremsen?

Der Bundesminister des Innern wird seine Bemühungen in Richtung Aufklärung und Information der Beteiligten fortsetzen.

Grundsätzlich ist darauf hinzuweisen, daß die weitere Entwicklung entscheidend von Absatz- und Investitionsentscheidungen bestimmt wird, die von den betroffenen Unternehmen in eigener Verantwortung und Zuständigkeit getroffen werden.

3. Welche Möglichkeiten sieht der Bundesinnenminister, die MVR zu veranlassen, bis zum Greifen von Aufklärungsmaßnahmen, die Produktion von Flaschenfrischmilch in dieser aktuellen Situation nicht einzustellen?

Der Bundesminister des Innern hat die Milchversorgung Rheinland im April dieses Jahres gebeten, ihre unternehmerische Entscheidung zu überprüfen und nach Möglichkeiten zu suchen, die Abfüllung von Milch in Mehrwegflaschen fortzusetzen. Eine Antwort steht noch aus.

4. Ist der Bundesinnenminister bereit, auch die Milchverpackung in die Überlegungen für eine Verpackungssteuer einzubeziehen und nach § 14 des Abfallbeseitigungsgesetzes entsprechende Rechtsverordnungen zu erlassen, nach denen bestimmte Verpackungen beschränkt werden können, wenn deren Beseitigung einen zu hohen Aufwand erfordert?

Der Vergleich der Umweltauswirkungen von Einweg- und Mehrwegverpackungen hängt von der Art der jeweils betrachteten Verpackungen und den erreichten Umlaufzahlen der Mehrwegverpackung ab. Dieser Vergleich fällt bei den einzelnen Getränkeverpackungen unterschiedlich aus.

Anders als bei Verpackungen für kohlensäurehaltige Getränke, wo die Umweltbilanz deutlich für die Verwendung von Mehrwegverpackungen spricht, weist die Mehrwegflasche für Milch und andere Milchprodukte relativ geringe Unterschiede gegenüber den auf dem Markt befindlichen Einwegverpackungen auf, was die Entlastung der Abfallbeseitigung angeht.

Der vom Bundesminister des Innern durchgeführte Marktversuch hat darüber hinaus ergeben, daß die Verwendung von Mehrweg-

verpackungen gegenüber dem Einsatz von Kartonverpackungen zu höheren Gesamtkosten führt.

Unter Berücksichtigung dieser Erkenntnisse hält es die Bundesregierung nicht für geboten, mit staatlichen Regelungen auf die Verwendung bestimmter Milchverpackungen Einfluß zu nehmen.

5. Ist der Bundesminister bereit, die Auswirkung der Monopolisierung der MVR im Rheintal zu überprüfen?

Der Bundesminister des Innern sieht hierzu keinen Anlaß.

